



## Das bedingungslose Grundeinkommen

**800 Euro** für jeden Bundesbürger - egal, ob man arbeitet oder nicht. Das **bedingungslose Grundeinkommen** ist die populärste Forderung zur Reform des Sozialsystems. Hartz IV wäre Vergangenheit.

Thüringens Ministerpräsident **Dieter Althaus (CDU)** plädiert für das Grundeinkommen. Auch **Götz Werner**, Chef der Drogeriekette dm. Und viele bei den Grünen, der Linkspartei, im Netzwerk Grundeinkommen und bei der Organisation "Freiheit statt Vollbeschäftigung".

Das Grundeinkommen wäre **finanzierbar**, heißt es in einer Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Es würde nicht teurer als die Summen, die heute für die soziale Sicherung aufgewendet werden (735 Milliarden Euro). Alle anderen Sozialleistungen und **Steuerfreibeträge** würden wegfallen.

Das Konzept des Grundeinkommens wird seit den **1960er-Jahren** diskutiert. Es verbindet linke und liberale Ideen.

[www.grundeinkommen.info](http://www.grundeinkommen.info)

[www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de](http://www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de)

taz Nr. 8140 vom 1.12.2006, Seite 3, 26 TAZ-Bericht

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)

## Ein großes Experiment

VON HANNES KOCH

Die Leute auf dem Zeitungsfoto, das Peter Schneider zeigt, tragen Lederjacken und "Hasskappen". So nannte man in den 1980er-Jahren Motorradmützen mit einem Schlitz für die Augen. Linke Demonstranten zogen sie übers Gesicht, um von der Polizei nicht identifiziert zu werden. "Das da in der Mitte bin ich", erklärt der 42-jährige Sozialarbeiter.

Es wurde viel demonstriert in jenen Jahren. Das kostete Zeit: Vorbereitungstreffen, Plakate pinseln, Flugblätter formulieren. Gesellschaftliche Veränderung war der Sinn des Lebens. Schneiders Studium zog sich in die Länge. Nach dem Diplom folgten der Zivildienst, schließlich Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Schneider, damals Bewohner einer Wohngemeinschaft, sagt: "Mit 800 D-Mark vom Staat kam ich gut zurecht." So hätte es noch Jahre weitergehen können - wenn nicht Schneiders neue Freundin ihm klargemacht hätte, dass sie keine Kinder von einem Sozialhilfeempfänger wolle. Das Realitätsprinzip hielt Einzug auch in Peter Schneiders Leben. "Wäre der Staat weniger spendabel gewesen, hätte ich die Kurve vielleicht schon früher genommen", meint der Sozialarbeiter heute.

Wie faul werden die Menschen, wenn die Gesellschaft sie großzügig finanziert? Oder fangen sie etwas Sinnvolles an mit ihrer Freiheit? Das sind die großen Fragen, die viele Politiker wieder einmal beschäftigen. Über das sogenannte "bedingungslose Grundeinkommen" diskutieren nicht nur die Grünen auf ihrem Bundesparteitag, der ab heute in Köln stattfindet. Sogar Thüringens CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus schlägt vor, dass grundsätzlich jeder erwachsene Bundesbürger 800 Euro vom Staat erhalten soll - bedingungslos, ohne Nachweis, ob man arbeitet oder nicht.

### Der Manitoba-Versuch

Paradies statt Hartz IV. Hat es es so etwas schon einmal gegeben - vielleicht im Ausland? Oft hört man: in Holland Ende der 1970er-Jahre. Stimmt aber nicht. Richtig ist zwar, dass es damals in Amsterdam und anderen Städten leicht war, 1.000 Gulden pro Monat Sozialhilfe zu kassieren. Künstlern bezahlte der Staat zusätzlich Farbe und Leinwand. Tausende ergaben sich jahrelang dem Dolce Vita kreativer Selbstbestimmung. Um ein bedingungsloses Grundeinkommen, das der Staat seinen Bürgern ohne Gegenleistung gewährt hätte, handelte es sich aber keineswegs. Die Arbeitsverwaltung gab sich nur lax, liberal und großzügig - ein Verhalten, das im Zeichen wirtschaftsfreundlicher Reformen der 1980er-Jahre alsbald aus der Mode kam.

Grundsätzlichere Überlegungen stellte da schon die kanadische Regierung an. Sie wollte Mitte der 1970er-Jahre wissen, ob man mit einem Grundeinkommen die Armut bezwingen könne und welche ökonomischen Auswirkungen dadurch hervorgerufen würden. Im Rahmen eines sozialen Experiments in der Provinz Manitoba erhielten zwischen 1975 und 1979 bis zu 1.300 Familien ein staatlich garantiertes Minimaleinkommen. Eine vierköpfige Familien, die weniger als 13.000 Dollar im Jahr zur Verfügung hatte, konnte bis zu 5.800 Dollar vom Staat bekommen. Auch Teilnehmer, die keiner Lohnarbeit nachgingen, kamen in den Genuss der Förderung.

Das Experiment erbrachte ein interessantes Ergebnis. Trotz Grundeinkommen legte sich kaum jemand auf die faule Haut. "Die Männer reduzierten ihre jährliche Arbeitszeit um ein Prozent, ihre Frauen um drei Prozent", sagt Derek Hum, Ökonomieprofessor der Universität Winnipeg, der das Manitoba-Experiment in der 1970er-Jahren wissenschaftliche begleitete. Unverheiratete Frauen arbeiteten fünf Prozent weniger. Hum: "Die Resultate waren ermutigend für die diejenigen, die das garantierte Mindesteinkommen befürworteten." Aus zwei Gründen: Die verbreitete Kritik am Grundeinkommen, es würde große Bevölkerungsgruppen zum Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt animieren, das Wachstum reduzieren und die Alimentierung für den Staat unerschwinglich teuer machen, traf offenbar nicht zu. Außerdem profitierten arme Beschäftigte dank des staatlichen Zuschusses von einem deutlich höheren Lebensstandard. Trotzdem blieb das Experiment von Manitoba ohne Folgen: Die kanadische Regierung legte das Grundeinkommen zu den Akten, als das Land Ende der 1970er-Jahre von einer Wirtschaftskrise heimgesucht wurde.

In den USA, wo ebenfalls Versuche mit dem Grundeinkommen stattfanden, kam man zu ähnlichen Ergebnissen wie in Kanada. Die Arbeitsleistung der beteiligten Bevölkerungsgruppen ging nur geringfügig zurück. Zwar wurden auch die Feldversuche in den USA bald beendet, doch rettete man einen Bestandteil des Grundeinkommen-Modells bis in die Gegenwart. Die seit Mitte der 1970er-Jahre existierende "Negative Einkommensteuer" - Earned Income Tax Credit (EITC) - hat sich mittlerweile zum größten Sozialprogramm der USA entwickelt. Eltern mit mehreren Kindern, die durch eigene Arbeit unter 14.600 Dollar pro Jahr erwirtschaften, erhalten einen staatlichen Lohnzuschuss in Form einer Steuergutschrift von maximal 4.400 Dollar. Wenn Beschäftigte mit sehr niedrigen Einkommen selbst mehr Geld verdienen, steigt auch der Zuschuss: Es ist ökonomisch also rational, mehr zu arbeiten. US-Bürger, die keine Lust verspüren, einem Gelderwerb nachzugehen, erhalten hingegen keine öffentliche Förderung. Das ist schade im Hinblick auf die deutsche Debatte: Welche Anreizwirkungen von einem bedingungslosen Grundeinkommen ohne Pflicht zur Arbeit ausgehen würden, lässt sich anhand der negativen Einkommensteuer nicht beurteilen. Sicher erscheint dagegen die segensreiche Wirkung für die arbeitenden Armen: Ihr Lebensstandard steigt dank des staatlichen Kombilohns erheblich an.

Das weltweit größte Programm, das dem Grundeinkommen nahe kommt, hat 2003 die brasilianische Linksregierung von Präsident Inácio Lula da Silva aufgelegt. 44,5 Millionen von 187 Millionen Brasilianer sind im Besitz einer gelben Plastikkarte, mit der sie bei einer öffentlichen Bank ihre monatliche Unterstützung abheben können. Wer unter 120 Real (41 Euro) pro Kopf zur Verfügung hat, bekommt bis zu 95 Real (33 Euro) vom Staat dazu. Arme Eltern mit zwei Kindern können ihr Einkommen damit etwa bis zur Höhe des brasilianischen Mindestlohns aufbessern. Eine Pflicht, bestimmte Jobs anzunehmen, gibt es in Brasilien nicht. "Dennoch muss man Bedingungen erfüllen, um die Unterstützung zu erhalten", sagt Daniel Lins, Abteilungsleiter für Politik der Brasilianischen Botschaft in Berlin. Eltern sollen ihre Kinder beispielsweise zur Schule schicken und regelmäßig impfen lassen. Ein wichtiger Aspekt für Deutschland: Eine soziale Basissicherung muss nicht mit der individuellen Arbeitspflicht verbunden sein, sondern kann auch mit anderen Bedingungen verknüpft werden. Denn die soziale Integration der Bürger in die Gesellschaft läuft nicht nur über Erwerbsarbeit, sondern auch über Bildung und Tätigkeiten jenseits des Sektors der formellen Arbeit.

#### Öldividende in Alaska

Während in Brasilien nur etwa 25 Prozent der Bevölkerung einen Zuschuss erhalten, kommen in Alaska alle Bürger in den Genuss einer staatlichen Überweisung. Seit 1976 arbeitet im nördlichsten Bundesstaat der USA der Alaska Permanent Fund. In diesen Investmentfonds fließen mindestens 25 Prozent aller Staatseinnahmen aus der Ausbeutung des Erdöls und anderer Bodenschätze. Der Fonds ist verpflichtet, jedes Jahr einen bestimmten Prozentsatz seiner Einnahmen unter den knapp 700.000 Einwohnern Alaskas aufzuteilen. Von einem Grundeinkommen, das das Existenzminimum sichern würde, kann trotzdem keine Rede sein. Dafür sind die ausgeschütteten Summen zu gering. 2006 betrug die Öldividende pro Kopf 1.107 Dollar. Im vergangenen Jahr erhielt jeder Bürger 846 Dollar.

Trotz mancher nützlicher Hinweise haben die bisherigen Grundeinkommens-Experimente eine für Deutschland beschränkte Aussagekraft. Die Erfahrungen aus dem Ausland sind nur ansatzweise übertragbar: Entweder nahmen zu wenige Menschen an den Versuchen teil, die Unterstützungsleistung ist zu gering oder an bestimmte Bedingungen geknüpft. Sollte eine Bundesregierung bereit oder gezwungen sein, das Grundeinkommen tatsächlich einzuführen, würde sie nicht nur Neuland betreten, sondern auch ein soziales Großexperiment in bisher nicht da gewesenem Maßstab durchführen.

taz Nr. 8140 vom 1.12.2006, Seite 3, 275 TAZ-Bericht HANNES KOCH

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)



## Grüner Parteitag

Heute beginnt in Köln der Bundesparteitag der Grünen. Motto: Grün ist besser. 844 Delegierte werden erwartet. Im Mittelpunkt steht die Klimapolitik, hier werden **kontroverse Debatten** erwartet. Weitere wichtige Themen sind Auslandseinsätze und Sozialpolitik. Einige Delegierte wollen dem Parteitag vorschlagen, alle rot-grünen Militärmissionen von einer zwölfköpfigen "Evaluierungskommission" kritisch durchleuchten zu lassen.

Unter der Überschrift "Zukunft der sozialen Sicherung" werden die Grünen das **Thema Grundeinkommen** kontrovers mit der Alternative Grundsicherung diskutieren. Mit **Grundsicherung** ist eine an Bedürftigkeit orientierte Minimalrente gemeint. Das Konzept unterscheidet sich nicht wesentlich von Hartz IV. Das Grundeinkommen dagegen wird bedingungslos allen gewährt. Die meisten prominenten Grünen lehnen die Idee ab. **KK taz zwei SEITE 13**

taz Nr. 8140 vom 1.12.2006, Seite 3, 25 TAZ-Bericht KK

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)

## "Eine Revolution im Denken und Handeln"

INTERVIEW **BASCHA MIKA**  
UND **STEFAN REINECKE**

**taz:** Herr Greffrath, könnten Sie mit einem Grundeinkommen von 1.000 Euro leben?

**Mathias Greffrath:** Nein. Wenn ich davon 200 Euro für die Krankenkasse und 400 Euro für Miete abziehe, komme ich auf Hartz-IV-Niveau.

**Und Sie, Herr Engler?**

**Wolfgang Engler:** Ja. Es wäre kein reines Vergnügen, aber es könnte gehen.

**Sie sind also für ein Grundeinkommen?**

**Engler:** Ein Grundeinkommen für alle ist nur sinnvoll, wenn es ein auskömmliches Leben ermöglicht - also soziale, kulturelle und politische Mitwirkung. Es müsste höher liegen als die 800 Euro, die der thüringische Ministerpräsident Althaus vorschlägt, von denen 200 Euro für die Krankenversicherung abgehen. Dann könnte es funktionieren.

**Greffrath:** Das glaube ich nicht. Auch bei 1.000 Euro bleiben, abzüglich Miete, Krankenversicherung und Kommunikation, wenig mehr als 10 Euro am Tag. Wenn man täglich einen Latte macchiato trinkt, sind die schnell weg.

**Engler:** Auf den Latte macchiato werden Sie verzichten müssen.

**Greffrath:** Aha. Das bestätigt meine Befürchtung, dass das Grundeinkommen hübsch klingt, aber eine Verarmungsstrategie ist.

**Wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.000 Euro gäbe - wäre die Gesellschaft dann freier und offener?**

**Engler:** Ein auskömmliches Grundeinkommen ist ein Freiheitsgewinn. Es erweitert unsere Freiheitsrechte um die Wahl, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten. Das ist eine Revolution im Denken und Handeln.

**Greffrath:** Nein, das wird keine freiere Gesellschaft. Die strukturelle Arbeitslosigkeit wird sich verschärfen, die ökonomische und politische Spaltung wird zunehmen. Die Abgehängten werden mehr fordern. Die arbeitenden Mittelschichten werden antworten: Wir schaffen es nicht mehr, euch zu ernähren. Das Grundeinkommen wird den Populismus von unten und oben befördern.

**Herr Greffrath, welchen Sinn macht es, Hartz-IV-Empfänger zu einer Arbeit zu zwingen, die es nicht gibt - statt ihnen das Geld ohne Zwang zu geben?**

**Greffrath:** Es gibt jetzt schon junge Leute, die auf die Frage, was sie mal werden wollen, sagen: Hartz IV. Wenn Sie künftig einfach das Geld abholen und keiner mehr etwas von ihnen fordert, dann ist das verstetigtes Unglück.

**Also sollen die Arbeitslosen Druck kriegen und ein schlechtes Gewissen haben?**

**Greffrath:** Wir machen ihnen ein schlechtes Gewissen - und damit gleichzeitig uns, weil wir ihnen nicht die Möglichkeit geben, sinnvoll zu arbeiten. Das Grundeinkommen hingegen ist nur ein bequemer Weg, all das vom Tisch zu haben. Damit sagen wir: Wir haben eine kapitalistische Konsumgesellschaft, in der die Überflüssigen mit dem Grundeinkommen abgefunden werden. Die Gesellschaft hätte zu diesen Leuten das Verhältnis einer humanitären Intervention. Man lässt sie nicht verhungern, aber mehr haben wir ihnen nicht zu bieten. Das ist ein Begriff von

Gesellschaft, der uns hinter die Aufklärung zurückführt.

**Engler:** Ich sehe es anders. Seit 1789 existiert die Idee, ein Recht auf Arbeit in die Verfassung zu schreiben. Heute steht das Recht auf Arbeit zwar nicht in der Verfassung, de facto besteht aber eine Pflicht zur Arbeit. Das ist ein Widerspruch, den man auf zweierlei Arten lösen kann: Man kann die Ökonomie revolutionieren und die Produktionsmittel verstaatlichen - was wohl niemand will. Oder wir führen das bedingungslose Grundeinkommen ein und beseitigen die faktische Arbeitspflicht. Dann müssten Hartz-IV-Empfänger nicht mehr gezwungen werden, ihre Finanzen offenzulegen, ihr Leben durchleuchten und das Amt unter das Bett gucken zu lassen ...

**Greffrath:** Vor allem würden wir endlich nicht mehr an unsere Unfähigkeit erinnert, soziale und kulturelle Gleichheit herzustellen. Und Verwaltungskosten sparen. Deshalb ist die FDP ja für ein Bürgergeld.

### **Also lieber Hartz-IV-Empfänger weiter kujonieren?**

**Greffrath:** Nein. Aber mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wird das Elend auf Dauer gestellt und semantisch entsorgt. Die Politik wird endlich das Problem der Arbeitslosigkeit los sein, denn es gibt dann ja keine Arbeitslosen mehr. Damit ist das Problem, dass es eine wachsende Masse von Ausgestoßenen gibt, zementiert.

### **Herr Engler, sind Sie bei solchen Aussichten für ein bedingungsloses Grundeinkommen?**

**Engler:** Im Unterschied zu früher bin ich für eine Bedingung ...

### **Welche?**

**Engler:** Bildung. Ich glaube, man blamiert das Konzept, wenn man es aus dem Stand einführt. Ein Grundeinkommen für Menschen mit schlechter Bildung ist keine kluge Idee. Die Parole "Nehmt den Leuten die Existenzangst, gebt ihnen ein bedingungsloses Grundeinkommen, dann werden sie sich selbst motivieren" kommt mir naiv vor. Nicht alle können einen Eigensinn in ihrem Dasein finden. Sie würden ihre Zeit verschwenden. Und wir, die ihr Grundeinkommen bezahlen müssen, würden sagen: Dafür? Bitte nicht!

### **Dann können wir das bedingungslose Grundeinkommen also von der Agenda streichen?**

**Engler:** Nein. Es geht darum, Menschen so auszubilden, dass sie mit einem Grundeinkommen etwas für ihr Leben anzufangen wissen. In Kitas, Schulen, Familien und weiterbildenden Einrichtungen müssten Menschen für mehrere Existenzformen präpariert werden: eine, die um den Beruf kreist, und eine für ein Leben ohne Arbeit - weil Menschen nicht reinfinden in die Arbeitswelt, weil sie nicht können oder wollen. Bildungsbemühungen müssen die Voraussetzung für das Grundeinkommen sein. Denn diese Menschen müssen uns, den "Financiers", ein Leben vorführen, mit dem wir wenigstens liebäugeln können.

### **Will sagen: Die Grundeinkommenempfänger dürfen ihr Leben frei gestalten - solange wir, die Mittelschicht, definieren was Freiheit ist.**

**Engler:** Nein, ich sage: Die Menschen brauchen nicht nur genug Geld, sondern auch die Fähigkeit, mit der Zeit etwas anzufangen. Die Freiheit, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, bringt auch ein sozialmoralisches Problem mit sich. Wir können heiraten oder nicht heiraten, wir können konsumieren oder es lassen. Zu arbeiten oder nicht, ist ein Freiheitsrecht, für das ich streite. Aber ich kann nicht ausblenden, dass dabei die einen von der Arbeit der anderen leben.

**Greffrath:** Schauen wir das Problem grundlegender an. Die Wirtschaft ist so enorm produktiv, dass immer weniger Menschen und immer weniger Zeit gebraucht wird, um immer mehr zu produzieren. Das ist ein kultureller und zivilisatorischer Gewinn, denn er beschert uns mehr Zeit für alle. Die richtige Antwort darauf lautet Arbeitszeitverkürzung. André Gorz hat die Utopie entworfen, dass man, dank des technischen Fortschritts, ein Drittel der Zeit für Geld arbeitet, ein Drittel für sich selbst und ein Drittel kulturell oder ehrenamtlich für die Gesellschaft. In den 80ern haben sich Gewerkschaften und SPD für Arbeitszeitverkürzung engagiert. Das ist heute vorbei - auch weil die Gewerkschaften versagt haben.

### **Warum ist Arbeitszeitverkürzung der Königsweg und Grundeinkommen falsch?**

**Greffrath:** Weil Menschen zwei quasi anthropologische Bedürfnisse haben: Sie brauchen Geld, um sich zu ernähren, und das Gefühl, von der Gesellschaft, von anderen, gebraucht zu werden. Arbeitszeitverkürzung war der ideale Weg, dies möglichst vielen zu ermöglichen. Jetzt haben viele den Eindruck, dass man dies in diesem globalen Thatcher-Kapitalismus, der nur Markt und Individuen kennt, nicht mehr verwirklichen kann. Deshalb erscheint das Grundeinkommen nun als Lösung. Das ist es aber nicht. Es ist eine wohlklingende Mogelei, eine Mittelschichtsidee, um sich die Arbeitslosen vom Hals zu schaffen.

**Engler:** Die Verkürzung der Arbeitszeit war eine sympathische, praktikable, zivilisatorische Idee. Es ist gelungen, die Arbeitszeit von 14 Stunden täglich im 19. Jahrhundert auf acht, in Frankreich auf sieben Stunden, zu verkürzen. Aber: Diese Kämpfe sind abgebrochen. Schuldzuweisungen nutzen da nicht viel. Deshalb muss man sich was anderes einfallen lassen.

**Stimmt das? Hat der wilde, globale Kapitalismus der Politik der Arbeitszeitverkürzung für immer den Garaus gemacht? Oder kann sie wieder kommen?**

**Greffrath:** Arbeitszeitverkürzung ist die richtige Idee. Sie wird wiederkommen, wenn wir sie propagieren. Wir müssten also eine Initiative für Arbeitszeitverkürzung mit einer Bildungsanstrengung enormen Ausmaßes kombinieren, um den Sockel von qualifizierter Arbeit in dieser Gesellschaft zu verbreitern. Denn es gibt auch wirtschaftspolitische Argumente gegen das Grundeinkommen. Die industrielle Weltmarktzukunft Deutschlands hängt von Qualität und avanciertester Technologie ab. Wenn wir alles dem Markt überlassen und den Rest irgendwie grundversorgen, dann könnten irgendwann Spitzenkräfte fehlen.

**Herr Engler, Ihr Plädoyer für Grundeinkommen plus Bildung klingt vernünftig. Aber: Damit ist aus der Debatte die Luft raus.**

**Engler:** Warum?

**Wenn Sie erst das Bildungsniveau heben wollen, verschieben Sie das Grundeinkommen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.**

**Engler:** Ja, gut, da ist ein Moment der Vertagung drin. Aber ich teile die naive, optimistische Anthropologie von Götz Werner nicht, der sagt: Befreien wir die Hartz-IV-Empfänger vom Arbeitszwang und schauen, was passiert. Ich fürchte, dass die Mehrheit Vorwürfe gegen die in den Hängematten residierenden Nichtskönner und Nichtsteuer erheben würde, die man schwer abwehren könnte.

**Wird es das bedingungslose Grundeinkommen geben? Und wie wird es aussehen?**

**Engler:** Es wird kommen, aber auf eine Art, die vielen, die damit emanzipatorische Ideen verbinden, nicht gefallen wird. Es wird viel FDP und Althaus darin sein, also weniger Sozialstaat. Es wird kommen als Modell eines bescheidenen Lebens, in dem die Arbeit doch als Disziplinierungsmittel, als Gespenst im Rücken bleibt. Das ist nicht sympathisch, auch wenn es ein Anfang sein könnte, aus dem sich mehr entwickeln lässt.

**Greffrath:** Ein Grundeinkommen unter dem Druck der Ökonomie geht in die falsche Richtung. Es ist eine semantische Lösung und wahrscheinlich eine groß angelegte Subvention der Brauereiindustrie. Dagegen setze ich die aggressive Forderung nach mehr Bildung und Arbeitszeitverkürzung. Das braucht Zeit. Aber das Grundeinkommen würde zu einer Gesellschaft führen, die wir nicht wollen.

taz Nr. 8140 vom 1.12.2006, Seite 4, 347 Interview BASCHA MIKA / STEFAN REINECKE

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)